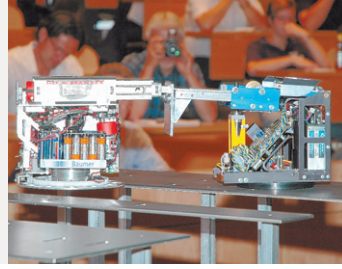




Letzter Arbeitstag von Bill Gates
Wirtschaft / 13

NTB-Studenten haben in St. Gallen selbst gebaute Roboter vorgestellt
Wirtschaft / 14



Schweizer Börse hält sich dank UBS gut
Wirtschaft / 14

NEWSMIX

Mehr als 10 Millionen Millionäre weltweit

FRANKFURT – Die Zahl der Dollar-Millionäre ist weltweit drastisch gestiegen. Im vergangenen Jahr waren es mit 10,1 Millionen sechs Prozent mehr als im Vorjahr, wie aus einer gestern veröffentlichten Studie hervorgeht. Der Kreis der besonders Wohlhabenden mit mehr als 30 Mio. Dollar Vermögen erweiterte sich noch schneller: um mehr als 8,8 Prozent auf 103 320 Menschen, wie es in der Studie der Consulting-Firma Capgemini und der Investmentbank Merrill Lynch weiter heisst. Die Berechnung berücksichtigt nur Finanzvermögen, aber nicht selbst bewohnte Wohnungen und Häuser. (sda)

Angespannte Lage im Nahen Osten treibt Ölpreis in die Höhe



SHANGHAI – Öl ist gestern erneut teurer geworden. Die angespannte Lage im Nahen Osten sowie ein Streik in Nigeria liessen am Markt Sorgen vor Lieferengpässen aufkommen und trieben den Preis in die Höhe. Für ein Fass (159 Liter) Öl der Sorte WTI wurden 138,03 Dollar gezahlt, ein Prozent mehr als am Abend zuvor. Auch der Preis für die Nordseesorte Brent stieg um ein Prozent auf 137,21 Dollar.

Für Nervosität sorgte vor allem das Gerücht über eine Eskalation im Atomstreit mit dem Iran, sagten Händler. Analysten befürchten, dass der Streit dazu führen könnte, dass der Verkehr durch die Strasse von Hormus beeinträchtigt wird und es damit zu erheblichen Lieferengpässen kommen könnte. Rund 40 Prozent des weltweit gehandelten Öls wird durch die Meerenge transportiert. (sda)

Inflation ist grösste Sorge

BRÜSSEL – Die hohe Teuerung ist einer Umfrage zufolge die grösste Sorge für die Menschen in der Europäischen Union. Gut ein Drittel der Befragten bezeichnete die Inflation als wichtigstes Problem für ihre Länder. Dies ergab eine Eurobarometer-Umfrage unter gut 30 000 Personen. Im Herbst 2007 habe dies nur jeder vierte Befragte angegeben, teilte die EU-Kommission gestern mit. Zudem werden die Wirtschaftsaussichten deutlich pessimistischer eingeschätzt. So erwarteten 46 Prozent der Befragten eine Verschlechterung in den kommenden zwölf Monaten, das sind fast doppelt so viele wie vor einem halben Jahr. Die Inflation in der Euro-Zone war im Mai auf einen Rekordwert von 3,7 Prozent gestiegen und liegt damit deutlich über den knapp zwei Prozent, bei denen die Europäische Zentralbank (EZB) Preisstabilität gewährleistet sieht. Die EZB hatte zuletzt eine Anhebung des Leitzinses für Anfang Juli in Aussicht gestellt. (sda)

Gutmenschentum ist zu wenig

Microfinance Initiative Liechtenstein: Innovation für die Welt von morgen

VADUZ – Ein Forscherteam hat ein neues Mikrofinanz-Modell entwickelt, das Rendite und soziales Interesse verknüpft. Im Herbst soll der erste Investmentfonds dazu in Liechtenstein aufgelegt werden. Eine gemeinnützige Stiftung stellt das Startkapital bereit.

• Kornelia Pfeiffer

Kapitalmarkt und Entwicklungshilfe zusammenzubringen – Liechtenstein ist gerade dabei, eine Innovation für die Welt von morgen aufzuleisen. Private wie institutionelle Investoren interessieren sich mehr und mehr für kommerzielle Mikrofinanz-Fonds, spricht für das Banking mit den Armen. Studien besagen, dass sich der Mikrofinanz-Markt bis 2015 auf 20 Milliarden US-Dollar verzehnfacht. Das erhöht auch die Gefahr, dass es langfristig nicht genügend erstklassige Mikrofinanz-Institute gibt, die Kleinstkredite an Kleinunternehmer in den Schwellen- und Entwicklungsländern weitergeben, und eine Mikrofinanz-Blase entsteht. Hier setzt das neue Mikrofinanz-Modell an, das ein Forscherteam an der Hochschule Liechtenstein entwickelt hat.

Erstklassige Namen im Stiftungsrat

Das Modell «Investment Cycle Plus» wurde am Dienstag in Vaduz vorgestellt. Danach gründet die neue gemeinnützige Stiftung Enabling Microfinance (EMF) bis zum Herbst 2008 einen EMF-Fonds, der dann in erstklassige Mikrofinanz-Institute investiert. Der Profit, den der Fonds erwirtschaftet, fliesst in die Stiftung zurück, die in den Aufbau von zweit- und drittklassigen Mikrofinanz-Instituten investiert, um diese nachhaltig aufzubauen. Die Stiftung gibt das Startkapital für den Fonds. Der Stiftungsrat setzt sich aus erstklassigen Namen zusammen: Geoffrey Richards vertritt Fleming Family &



Peter Spinnler, Egbert Appel, Oliver Oehri, Michael Lauber und Pius Frick (von links) anlässlich des Infoabends zum Thema Microfinance an der Hochschule Liechtenstein.

Partners, Anton Lotzer vertritt die Medicor Foundation, Peter Spinnler vertritt die Enabling Microfinance AG, Stiftungsratspräsident ist Egbert Appel von der Hilti Foundation.

Zentrum für Mikrofinanz

«Diese Entwicklungsarbeit und die Aktivitäten des Kapitalmarktes zu koordinieren ist zukünftig von entscheidender Bedeutung», sagt Oliver Oehri, Leiter des Forschungsprojektes «Microfinance – Möglichkeiten und Grenzen einer neuen Anlageklasse». In den letzten zweieinhalb Jahren hat sich Liechtenstein zu einem Mikrofinanz-Zentrum entwickelt. Oehri gilt international als Mikrofinanz-Spezialist. Via Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL) ziehen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Bankenverband, Entwicklungsdienst beispielhaft an einem Strick.

Mittlerweile ist die MIL Mitglied der Europäischen Mikrofinanz-Plattform und arbeitet in zwei Arbeitsgruppen aktiv auf europäischer Ebene mit. Seit zwei Jahren schon beteiligt sich auch die Microfinance Initiative Liechtenstein MIL mit rund 1 Mio. Franken an einem Projekt von Swisscontact, das drei Mikrofinanz-Institute im südlichen Hochland von Peru entwickeln hilft, erinnert Pius Frick vom Liechtensteinischen Entwicklungsdienst.

Zwischen Investment und Spenden

«Mit Gutmenschentum allein lassen sich die Probleme der Armen nicht lösen», sagt Egbert Appel. Das schaffe nur Abhängigkeiten und helfe armen Menschen nicht, sich selbst zu helfen. Aus diesem Grund unterstütze die Hilti-Foundation das neue Business- und Finanzierungsmodell. Das neue Mo-

dell sei angesiedelt zwischen Investment und Spenden, sagt Peter Spinnler, der Initiator, zum innovativen Investmentdesign zur nachhaltigen Förderung von Microfinance. Die ursprünglich vom Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus ins Rollen gebrachte weltweite Mikrofinanz-Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, Mikrofinanz-Institute in den ärmsten Ländern zu entwickeln. Die ursprüngliche Idee von Yunus hatte bereits 1976 über die Grameen Bank in Bangladesch mit Kleinstkrediten den Ärmsten der Armen die Möglichkeit gegeben, Unternehmer zu werden und eigenständig ihren Weg aus der Armut zu finden. Der Nobelpreisträger kommt auf Einladung von Regierungschef Otmar Hasler zum fünften Liechtenstein Dialog in Vaduz am 2. und 3. Oktober.

SCHWEIZ

Haushaltsbudget – Es bleibt fast nichts

NEUENBURG – Ein Haushalt in der Schweiz hat monatlich knapp 6000 Franken zur Verfügung. Zum Sparen bleiben noch 560 Franken. Dies zeigt die gestern publizierte Haushaltsbudget-Erhebung 2006 des Bundesamtes für Statistik (BFS). Das Bruttohaushaltseinkommen hat durchschnittlich 8490 Fr. betragen. Dies «mag auf den ersten Blick hoch erscheinen», schreibt das BFS. Dies relativiere sich, wenn man beachtet, dass oft nicht nur ein Einzeler das ganze Haushaltseinkommen aufbringe. So leben in 37 Prozent der Haushalte mehrere berufstätige Personen.

Die Löhne bildeten mit 6300 Fr. denn auch den wichtigsten Pfeiler des Budgets. Die Renten und Sozialleistungen haben mit durchschnittlich 1700 Fr. noch 20 Prozent zum Einkommen beigetragen. Vermögens-einkommen spielten mit 3,9 Prozent für die meisten Haushalte kaum eine Rolle. 2520 Fr. oder fast ein Drittel des Bruttoeinkommens sind für die obligatorischen Ausgaben abgeflossen: 1000 Fr. kosteten die Steuern. Der Rest ist auf Krankenkassen-Prämien und Beiträge für die Sozialversicherungen entfallen.

Nach Abzug dieser obligatorischen Ausgaben hatten die Haushalte monatlich noch 5970 Franken zur Verfügung. Die Ausgaben für Wohnen und Energie haben sich

auf 1380 Fr. belaufen. Mit 16 Prozent des Bruttoeinkommens waren die Wohnkosten damit der wichtigste Posten im Haushaltsbudget.

Geringe Sparquote

Unter dem Strich konnten die Haushalte 560 Fr. zur Seite legen. Bei der tiefsten Einkommensklasse (Haushalte mit weniger als 4400 Fr. Bruttoeinkommen pro Monat) blieb hingegen nichts zum Sparen. Sie mussten alleine ein Drittel ihrer Einkünfte für Mieten aufbringen. In der höchsten Einkommensklasse (über 11 800 Fr. pro Monat) belasteten die Wohnausgaben nur mit 12 Prozent.

Auch bei den Ausgaben für Essen zeigt sich das gleiche Bild: Die Haushalte mit tiefen Einkommen



gaben für Nahrungsmittel 13 Prozent aus, in der höchsten Einkommensklasse machte dieser Posten nur 5,3 Prozent aus. (sda)